

Die Großen Sieben und die kleine Welt

von

Heiner Flassbeck

(WuM, August 2001)

Vor der Sommerpause haben sich die Finanzminister der sogenannten G-7, also der sieben größten Industrienationen, in Italien getroffen, um die internationale Wirtschaftslage zu beraten. Schlecht sei die Lage zwar, aber es bestünde doch Aussicht auf Besserung, so der beruhigende Tenor aller am Ende. Bemerkenswert ist allerdings, wie verschieden nach Aussage der Delegationen selbst die Lage der einzelnen G-7-Länder ist. Besonders aus den USA werden erste Hoffnungszeichen gemeldet, auch Großbritannien scheint Boden gefunden zu haben, während Japan in eine neue Rezession trudelt und die drei kontinentaleuropäischen "Großen" nicht viel positives, aber doch sehr unterschiedliche Tempi des Abschwunges zu vermelden haben, Deutschland immerhin das höchste.

Vor diesem Hintergrund ist die - durchaus angestaubte, weil schon vor 30 Jahren im Schwange gewesene - Aussage des Finanzministers der drittgrößten Industrienation, man könne in der "modernen offenen Volkswirtschaft" mit nationalen Konjunkturprogrammen nichts mehr ausrichten, mehr als erstaunlich. Wie kann es sein, daß die Lage der Länder so unterschiedlich ist und Deutschland sogar inständig auf den Umschwung in Amerika wartet, wenn jedes Land für sich gegen den weltweiten Abschwung eigentlich nichts ausrichten kann? Und, noch wichtiger und noch unverständlicher, weshalb hat der Steuerzahler die Reise der deutschen Delegation nach Italien bezahlt, wenn es nicht das Ziel war, nationale Programme in der "modernen offenen Volkswirtschaft" im Rahmen der G-7 so abzustimmen, daß ihre Effektivität am Ende in der fast vollständig geschlossenen Volkswirtschaft, wie sie G-7 insgesamt darstellt, groß genug ist?

Offenbar haben die USA, deren Offenheit fast so groß ist, wie die der Europäischen Währungsunion insgesamt, etwas gegen den Abschwung getan. Die Finanzpolitik hat die Steuern gesenkt und nimmt einen deutliche Abbau der Budgetüberschüsse in Kauf. Die Geldpolitik hat mit einer Serie von Zinssenkungen in ganz kurzer Zeit den kurzfristigen Realzins von 3 % im letzten Herbst auf fast Null in diesem Frühjahr gebracht. Japan hat nichts getan, außer seine deflationäre Politik fortzusetzen sowie Austerität anzukündigen, und kassiert nun weitgehend alleine die Rechnung für das Versagen der Wirtschaftspolitik. Auch in Großbritannien senkte die Notenbank mehrfach die Zinsen und es gibt ein Konjunkturprogramm der besonderen Art: Dort steigen die ausbezahlten Löhne pro Kopf zur Zeit um über 5 %, was auch nach Abzug der Preissteigerung noch über drei Prozent Einkommenszuwachs und damit eine hohe Nachfrage der privaten Haushalte erbringt. Selbst die Tatsache, daß vieles von dem bei hohem Pfundkurs in Importe geht, ändert nichts daran, daß weit mehr als positiver Impuls im Lande verbleibt.

In der Europäischen Währungsunion ist nahezu nichts in Sachen Anregung der Konjunktur passiert, obwohl die Zeichen schon seit langem eindeutig auf Abschwung stehen und die Binnennachfrage keinerlei Dynamik aufweist. Gerade mal um einen viertel Prozentpunkt hat die Europäische Zentralbank den Leitzins gesenkt. Am kläglichsten versagt aber hat die Finanz-

politik, die sich im Rahmen der Euro-11 Gruppe nicht einmal darauf einigen konnte, den Abschwung nicht weiter zu destabilisieren, also die konjunkturbedingten Steuerausfälle und Ausgabesteigerungen in Form höherer Defizite hinzunehmen. Solange man aber in dieser Frage und bei Zinssenkungen durch die Zentralbank nicht weiterkommt, ist es in der Tat müßig, die logischerweise erst daran anschließende Frage, nämlich die nach "Konjunkturprogrammen" oder vorgezogenen Steuersenkungen, zu diskutieren.

Wie wenig handlungsfähig und handlungswillig die Europäische Währungsunion derzeit ist, zeigt sich glasklar an der Beliebigkeit, mit der Argumente hin- und hergeschoben werden, wenn es darum geht, das verbreitete Nichtstun zu verteidigen. Vor drei Monaten noch verkündete Wim Duisenberg, der europäische Notenbankpräsident, dem staunenden Publikum, daß Europa von der amerikanischen Rezession nicht ernsthaft betroffen würde, weil es eine weitgehend geschlossene Volkswirtschaft mit nur einem geringen Außenhandelsanteil und robuster Binnennachfrage sei. Folglich müsse man nichts tun. Jetzt, wo Europa eindeutig in Richtung Abschwung marschiert, gilt das Gegenteil als offizielle Doktrin, nämlich, daß Europa eine so offene Volkswirtschaft sei, daß jede Anregung verpufft, weil sie nur zu einer Zunahme der Importe führt. Folglich könne man nichts tun.

Die großen Länder der Welt und die Mitglieder der Europäischen Währungsunion können eine Menge Geld sparen, wenn sie alle Treffen zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik absagen. Die USA und die britische Notenbank sind ohnehin die Einzigen, die eine aktive Wirtschaftspolitik betreiben. Alle anderen warten in Zukunft immer nur auf deren Ergebnisse und darauf, daß sie durch steigenden Export in die angelsächsische Welt und einen niedrigen Euro-Kurs aus Schwächephasen gerettet werden. Ist es dann soweit, kann sich jede Regierung den Aufschwung schnell wieder an's Revers heften und die europäische Notenbank kann befriedigt darauf verweisen, daß angesichts der "europäischen Stabilitätskultur" eine aktive Zentralbankpolitik weder möglich noch gefordert ist. Ob Kontinentaleuropa in seiner kleinen Welt dann noch wahr- und ernstgenommen würde, ist eine andere Frage. Aber man könnte ja alle fünf Jahre ein Erinnerungstreffen machen, wo die Großen den Kleinen erklären, warum es so gelaufen ist, wie es gelaufen ist, und die Kleinen könnten sagen, wie es war, als sie den Großen auf Schritt und Tritt auf den Fersen geblieben sind.